

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa,
Gesamr. Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Kantonsverwaltung beim Amtsgerichte und des
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Gesundheitsamts Riesa.

Postfachnummer: Dresden 1580
Straßennummer: Riesa Nr. 22.

Nr. 43.

Montag, 21. Februar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundraster-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 33 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Zuschlag, feste Tarife. Bewilliger Rabatt erlischt, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Jahrgangs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Mühlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Wirren in China.

Die südchinesischen Truppen, offenbar stark unterstützt durch Geldmittel der Moskauer Propaganda, haben der Armee des Generals Sun eine entscheidende Niederlage beigebracht. In wilder Flucht strömen die Massen der gescheiterten Truppen des Generals Sun Schanghai entgegen. Die Stadt Shanghai und auch Ningpo, starke Stützpunkte in unmittelbarer Nähe von Schanghai, sind geräumt, jede Verteidigung der Handelsmetropole ist eingestellt worden, die einzige Tätigkeit der verbliebenen Truppen des Generals Sun besteht in Plünderung und sinnloser Zerstörungsbauerei. So vollzieht sich der Vormarsch der südchinesischen Truppen auf Schanghai völlig kampflös und mit einer Schnelligkeit und Reibungslosigkeit, die den Fall der Stadt als nahe bevorstehend erscheinen läßt. In Schanghai selbst herrscht ein Durcheinander, das kaum noch zu überbieten ist. Die Zivilverwaltungen haben den Generals Sun vertrieben. Es ist festzustellen, daß die gesamte chinesische Bevölkerung ohne Unterschied der Berufsstände dem Aufruhr beigesteuert hat. Diese Empörung und Erbitterung der Chinesen Schanghai gegen das Regime Sun ist dem Umstand auszuführen, daß Sun noch unmittelbar vor seiner katastrophalen Niederlage einen Aufruhr erzielte, in dem er sich sehr warm für die Interessen der Engländer ins Zeug legte, die Berechtigung der englischen Ansprüche auf die Konzessionen in Schanghai anerkannte, die Abfahrt befandete, unter Umständen mit dem englischen Vandalensford gemeinsame Sache zu machen. Es kommt hinzu, daß sich angesichts der Nordbreitungen und der Unzufriedenheit der demokratisierten Soldaten des General Sun sich der chinesischen Bevölkerung Schanghai eine nicht zu bewältigende Angst vor der endgültigen Besetzung der Stadt durch die gescheiterten Truppen Sun bemächtigt hat. Es ist kennzeichnend für die Stimmung der chinesischen Bevölkerung, daß sich die Zutritte zum Protestzettel nicht nur gegen Sun und seine gescheiterte Armee richten, sondern auch gegen die englische Truppenmacht, deren Abmarsch aus der Stadt als Voraussetzung für eine Beilegung des Streits verhandelt wird. Aus den Maßnahmen der englischen Militärbehörden in Schanghai geht nicht hervor, daß sie dieser Stimmung des Volkes Rechnung zu tragen gedenken. Das Ausländerviertel Schanghai ist durch Stacheldrahtverhänge gesichert. Die Engländer haben ihre Geschäfte in Stellung gebracht. Alles deutet darauf hin, daß die englische Militärmacht vorbereitet ist, um jeden Augenblick in den Kampf einzutreten zu können.

Die Niederlage Sun scheint ihre Wirkungen auf die innerpolitischen Verhältnisse Chinas nicht vernichten zu lassen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Machtanspruch der südchinesischen Regierung auf Grund ihres letzten Sieges erkannt hat, die Peking-Regierung in ihrem Streben gestützt hat, durch Verhandlungen mit ihrem südchinesischen Gegner eine Einigung zu erzielen. Es liegen bereits Meldungen vor, daß die Friedensverhandlungen zwischen Nord- und Südchina bereits in vollem Gange sind und daß der Verlauf der Besprechungen zu der Hoffnung auf einen baldigen befriedigenden Abschluß berechtigt. Auch die Meldung, daß Tschangschin beabsichtigt, wieder nach Nanking zurückzukehren, würde, wenn sie sich bewahrheiten sollte, die Aussicht, daß der jahrelange innerpolitische Konflikt in China vor seinem Ende steht, nur bekräftigen. Wenn es auch angeht, so ist doch wohl wünschenswert, daß zwischen der Weltöffentlichkeit konnte sich in den letzten Monaten bereits zur Genüge davon überzeugen, daß zwischen der Politik der Peking-Regierung und der des Kontonzer-Kabinetts in allen Fragen, die die Ausländerrechte betreffen, so gut wie kein Unterschied herauszufinden ist. Der Sühnenspruch, unter dem das chinesische Volk in den letzten Jahren litt, hat sich in den letzten Wochen soweit abgeklärt, daß aus dem noch vor kurzem so unüberwindlichen Wirrwarr der Verhältnisse in China allmählich eine klare Struktur hervortritt. Das chinesische Volk ist erwacht. Es will sich nicht mehr von allen den einwärtsdringenden Verträgen, die die nationale Souveränität seiner Nachbarn einschränken, ihm das freie Selbstbestimmungsrecht rauben, und ihm im Staatsgebilde der Welt die Rolle eines zweifelhafte Subjektieren. Dieser Wille zur nationalen Befreiung, der zunächst von den intellektuellen Führern Chinas in die Massen hineingetragen wurde, ist nunmehr von dem Volk selbst aufgenommen worden. Dieser einmütige Wille muß logischerweise zur Einigung führen. Es scheint fast so, als ob der Moment für diese Einigkeit des Chinesenvolkes gekommen ist. Daß dieser Wendepunkt in der chinesischen Geschichte sich unter Umständen auf verhängnisvolle auf den Weltfrieden und auf die Geschicke verschiedener europäischer Staaten auswirken kann, lehrt schon das Vorgehen einer starken englischen Truppenmacht in Schanghai und die Abfahrt London, mit allen Mitteln das Weiterbestehen der alten Unschwermere zu garantieren. Sehr kennzeichnend im Zusammenhang mit den Vorkommnissen in den letzten Tagen, ist das Stillschweigen, das jetzt undurchdringlich über die Verhandlungen zwischen Tschen und dem englischen Delegierten O'Rourke liegt. Der noch den Verhandlungen Chamberlains formulierte Vertrag ist jedenfalls noch nicht unterzeichnet worden. Es sieht fast so aus, als ob der Sieg der Kontonzer Regierung den Machhabern Südchinas die Unterzeichnung überfällig erscheinen läßt. Jedenfalls wird sich das Peking-Kabinet bewußt sein, daß in den letzten Wochen die Gestaltung der chinesischen Krise, besonders im Zusammenhang mit der gänzlich undurchsichtigen Haltung Japans, ein Stadium herbeigeführt hat, das eine kraftvolle Entscheidung notwendig macht.

Erste Beratung des Stats für 1927.

Eine zweite Rede des Reichsfinanzministers.

Ohne Aussprache wird zunächst der vom Abg. Reil und von der Volksfraktion eingebrachte Entwurf zur **Änderung des Aufwertungsgesetzes** dem Rechtsausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage zur Verlängerung des deutsch-französischen Handelsprotokolls. Abg. Dr. Schanze (DVP.) nimmt die Verlängerung an, weist aber darauf hin, daß nach Deutschlands Eintritt in den Völkerbund die Lage geändert sei. Jetzt müsse Deutschland verlangen, daß die Deutschen in den französischen Kolonien und Mandatsgebieten gleichberechtigt mit allen anderen Nationen behandelt werden.

In zweiter und dritter Beratung wird die Verlängerung des Handelsprotokolls und des Saatzkommens beschlossen.

Darauf werden der deutsch-niederländische und der deutsch-dänische Schiffsverkehr und Verkehrsvertrag in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Bei der dann fortgesetzten ersten

Beratung des Stats für 1927

weist Abg. Dr. Fischer (Dem.) darauf hin, daß der frühere Minister Dr. Reinhold schon einen Gesetzentwurf vorbereitet und dazu auch die Zustimmung des Kabinetts erhalten hätte, durch den die Anleiheausgaben wesentlich herabgesetzt werden sollen. Die Demokraten würden einen Antrag in dieser Richtung stellen. Das wir jetzt überhaupt über eine Senkung der Verbrauchsteuern reden können, verbietet uns die geschichtliche Verhandlung des Ministers Dr. Reinhold mit den Reparationsagenten. Während die Verkaufsbarungen der Finanzverwaltung besagten, daß die fünfzehnhundert-Millionen-Anleihe für 1926 keine Verwendung mehr zu finden brauche, erklärte der Finanzminister, daß durch die Anleihe nur ein Teil des außerordentlichen Haushalts 1926 gedeckt sei. Eine einseitige Erklärung des Ministers sei notwendig. Der Redner fragt den Minister nach dem gegenwärtigen Kassenbestand des Reiches, nach den Rückzahlungen, die dem Reich aus Reichsdarlehen an die Wirtschaft zu erwarten sind, nach dem Kredit, die das Reich noch kurzfristig auf dem Geldmarkt arbeiten lasse, weiter nach den Steuererwartungen aus den Jahren 1925 und 1926. Er erinnert an den Hundert-Millionen-Kredit, der dem Reich bei der Reichsbank zur Verfügung stehe, und an die 740 bis 780 Millionen Vorzugskonten der Reichsbank. Es müsse die Möglichkeit bestehen, im Interesse steuerlicher Erleichterungen für die Wirtschaft auf diese Mittel zurückzugreifen. Außerordentlich befreudlich sei die Inlage des Ministers, die Garantie für die Länder und Gemeinden auf 25 Milliarden zu erhöhen.

Reichsfinanzminister Dr. Röhler:

Quationen wird man leicht erraten, wenn man einer Organisation verstanden kann, daß die Zeiten ihrer Angehörigen in nächster Zeit vermindert werden. Wer aber zum Sparen genötigt ist, der muß ganz nüchtern arbeiten und muß im Kleinen anfangen. Es ist nicht so, daß der Pfennig meine persönliche Sache sei, die Verhältnisse liegen heute eben ganz anders als vor einem Jahre. Der Staat, den ich hier vertreten muß, ist ja nicht mein Beruf, sondern das Vermögen meines Amtsvorgängers. Er hat mir noch ein weiteres Vermögen hinterlassen, er hat mir in einem Zeitungsartikel Richtlinien mit auf den Weg gegeben. Ich weiß nicht, ob Herr von Schiller seinem Nachfolger auf solche Richtlinien hinterlassen hat. (Rufe: Nein!) In dem Artikel sagt Dr. Reinhold, er habe mit der Verminderung der Reichsausgaben den ersten Teil der Aufgabe erfüllt. Das war zweifellos der angenehmere Teil der Aufgabe (Beifall). Als zweiten Teil der Aufgabe bezeichnet Dr. Reinhold die Notwendigkeit, die Staatsausgaben auf das Maß zu reduzieren, das unser verarmtes Volk ertragen kann. Ganz einverstanden! Ich kann aber diesen zweiten Teil der Aufgabe nicht mit demselben rhetorischen Schwung und unter demselben Beifall lösen, wie es beim ersten Teil der Aufgabe möglich war. Im Gegensatz zu Dr. Fischer sagt Dr. Reinhold, auch in seinem Artikel, daß wesentliche Reduktionen im Etat nicht vorhanden seien. Als die Steuerentlastung vorgenommen wurde, galt die Verwaltungsreform als ihr integrierender Bestandteil. Dieser zweite Teil der Aktion ist wahrhaftig nicht in Angriff genommen worden. Der Abbau einiger Ministerialräte kann man doch nicht als Verwaltungsreform ansehen. Wenn hier gesagt wurde, es könnten 150 Millionen am Etat gespart werden, so habe ich bisher noch keinen Antrag gesehen, der solche Ersparnisse bewirken könnte. Wer die Reichsausgaben einschränken muß, kann sich dadurch nicht populär machen. Ich sehe mein Amt nicht als einen Posten zur Glorifizierung meiner Person, ich möchte auch keinerlei Passadenpolitik treiben.

Englisches Ultimatum an Rußland.

Änderung der russischen Chinapolitik gefordert. * Paris, 20. Febr. Nach einer Meldung des "Newport Herald" aus London soll die englische Regierung gestern eine Note fertiggestellt haben, die eine letzte Warnung an die Adresse der Sowjetregierung darstellt und diese davon in Kenntnis setzt, daß der englisch-russische Handelsvertrag aufgehoben werden würde, falls Rußland seine Politik in China gegenüber England nicht ändere.

Der Etat enthält keinen Plean für Effektivierung der festen Inlage an die Länder und Gemeinden, das ihnen vom 1. April ab die unterstehende Erwerbslosenfürsorge abgenommen werden müsse. Ich habe festgestellt, daß der Vertrieb in den Finanzämtern nicht in Ordnung ist.

Daß mein Amtsvorgänger den Betrieb in Unordnung gebracht hätte, habe ich weder gedacht, gesagt, noch irgend- wie unterstellt. Das die Differenzen über die letzte Anleihe betrifft, so ist es, daß wir zur Abwicklung der von 1925 herrührenden Verpflichtungen einen Teil dieser Anleihe schon in den nächsten Wochen ganz bestimmt gebrauchen werden. Man darf nicht Staats- und Kassenzustand verwechseln. Mit dem fremden Geld der Post hatten wir zusammen am 31. Dezember einen Ueberschuß von 7 Millionen, nach Abzug des fremden Geldes wies aber der Etat ein Minus von 63 Millionen auf. (Beifall: Höre! Höre!)

Ich gebe hier die bindende Inlage ab, daß wir alles tun werden, um die reichsrechtliche Rahmenregelung der Realsteuer im Zusammenhang mit der Zielsetzung des ob- und wie der Gesamtsteuer unter allen Umständen in den nächsten Monaten zur Vorlage zu bringen. Der Gesetzentwurf ist im großen bei uns ausgearbeitet. Wir können in aller nächster Zeit mit den Ländern darüber verhandeln. Diese Rahmengesetzgebung ist für mich ein Weg zum endgültigen Finanzansatz, den ich seinen Tag länger hinausziehen will, als nötig ist. Mit den 300 Millionen, die wir den Ländern überweisen wollen, wird nun ein Rechtsanspruch der Länder begründet, nicht aber ihnen ein Geschenk gemacht. Die Rückzahlungen von einer gewissen Reichsdarlehner für die gesamte Wirtschaft ist eine gewählte Geste.

Der Minister schließt unter lebhaftem Beifall der Regierungspartei mit der Versicherung, daß das Reichsfinanzministerium mit volkswirtschaftlichem und sozialem Geist erfüllt sei.

Abg. Reil (Zos.) nennt es merkwürdig, daß der frühere Finanzminister Dr. Reinhold jetzt von denselben Parteien verurteilt werde, die vor nicht langer Zeit noch seine Politik gebilligt und mitgemacht hätten. Merkwürdig sei auch der Umstand, daß der neue Finanzminister im Gegensatz zu der Zielsetzung der Bauernischen Volkspartei, aber mit Unterstützung aller übrigen Regierungsparteien die früher von rechts so geschmähte Erbsenregende unitarische Finanzreform auch auf die Realsteuer ausdehnen will. Zurecht sei die Fülle der einzelnen Landesverwaltungen eine ganz unrichtige finanzielle Belastung für unser verarmtes Volk. Keine der Regierungsparteien habe ernstlich eine steuerliche Entlastung der großen Arbeitnehmermassen gefordert. Das arbeitende Volk werde bald erkennen, daß seine Interessen im Bürgerblock nicht gewahrt werden.

Abg. Rolke (Wirtschaftl. Vereinig.) betont der hier geübten Kritik gegenüber, der frühere Finanzminister Dr. Reinhold habe sich durch seine Politik der Steuerentlastung große Verdienste erworben und vor allem durch die Aushebung der Luxussteuer sich den Dank des gewerblichen Mittelstandes verdient. Das Versprechen des neuen Ministers, wirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen, werde hoffentlich bald verwirklicht werden. Der Redner übt dann scharfe Kritik an dem Betrieb der Finanzämter. Von den Ländern und Gemeinden müsse größere Einschränkung der öffentlichen Ausgaben verlangt werden. Gewerbe-, Getreide- und Grundsteuer müßten vermindert werden.

Abg. Alina (Bauernbund) empfiehlt scharfe Besteuerung der Börsenspekulationsgewinne. Die Bewertung des mittleren und kleinen bäuerlichen Besesses müsse gerechter gestaltet werden. Von der Biersteuer müsse Bayern mindestens 5 Prozent bekommen.

Abg. Dr. Schetter (Sentr.) erklärt, dem demokratischen Antrag auf Ertragung eines Parli-Burdes für die Anleiheabschließung könne man einstweilen nicht zustimmen, weil der Erfolg zweifelhaft sei. Mit erneuter Prüfung ist der Redner einverstanden. Für die Entschädigung der Liquidationsläubiger müßten die Mittel aus allen Ecken des Stats zusammengeführt werden. Die Befoldungsreform müsse beschleunigt werden.

In der zweiten Lesung wird zunächst der Haushalt des Reichsministeriums und des Reichskanzlers beraten.

Der Etat wird nach den Ausschussvorschlügen bewilligt.

Der Etat des

Vorklämigen Reichswirtschaftsrats

wird ohne Aussprache bewilligt.

Die Fortsetzung der zweiten Beratung des Stats wird um 11 Uhr auf Montag, 3 Uhr, vertagt.

Der kommunistische Antrag, am Montag an erster Stelle einen Antrag gegen die Verordnung des preussischen Volksfahrministers Dirrhafer zu beraten, wird gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt.

De Vinados Transozeanflug.

*) Porto Praia, 19. Februar. De Vinado, der heute vormittag um 7 Uhr 50 in Dakar aufgestiegen war, ist heute mittag um 11 Uhr 55 hier glücklich gelandet.

*) Porto Praia (Kaverbidische Inseln), 20. Februar. Der italienische Flieger de Vinado hat zwei Stunden lang versucht, den Weiterflug anzutreten, jedoch ohne Erfolg.